

Deutscher Naturschutzring (DNR)
Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen
(VENRO)

Zehn Jahre Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland
aus der Sicht umwelt- und entwicklungspolitischer Organisationen

Ein Bilanz- und Positionspapier
anlässlich des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg,
August/ September 2002

„Menschen können nicht entwickelt werden – sie können sich nur selbst entwickeln“.
(Julius K. Nyerere)

Im Dezember 2001 legte die Bundesregierung den „Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ vor. Umwelt- und entwicklungspolitische Organisationen begrüßen die Bedeutung, die damit der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 beigemessen wird. Im Vergleich zum ersten Bericht zur Umweltbildung vom Herbst 1997 stellt das Dokument einen erheblichen Fortschritt dar. Entwicklungspolitische Bildung bzw. Globales Lernen zum einen und die Umweltbildung zum anderen werden erstmalig als gleichwertige Säulen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgewiesen. Doch auch zehn Jahre nach dem Erdgipfel von Rio de Janeiro (1992) und nur wenige Wochen vor der Folgekonferenz in Johannesburg im August 2002 ist das in der Agenda 21 festgelegte Ziel, das Leitbild einer global zukunftsfähigen Entwicklung in allen Bildungsbereichen zu verankern, in Deutschland – wie in vielen anderen Ländern auch – noch längst nicht erreicht.

Globalisierungsprozesse mitgestalten können

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist notwendige Voraussetzung dafür, dass die Menschen Globalisierungsprozesse, die fortschreitende weltweite Vernetzung und Internationalisierung des Lebens sowie die Veränderungen von Mensch und Natur im Sinne nachhaltiger Entwicklung mitgestalten können. Durch Bildung für nachhaltige Entwicklung erwirbt sich der Mensch Kompetenzen für die Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, Verwirklichung der Menschenrechte,

Beseitigung der Armut, Schaffung von mehr Gerechtigkeit und eines nachhaltigen Interessenausgleiches zwischen Nord und Süd, sowie die Ermöglichung eines gedeihlichen Zusammenlebens von Angehörigen verschiedener Kulturen. Die für diese Aufgaben erforderlichen kognitiven, sozialen und emotionalen Kompetenzen lassen sich unter dem Begriff „Gestaltungskompetenz“ subsumieren. Bildung für nachhaltige Entwicklung ermöglicht die Ausformung von Lebensstilen und –formen, die auf Wissen, vorausschauendes Handeln, Partizipation und Solidarität gegründet sind.

Die Reformen müssen in den Köpfen beginnen

Die hierfür anstehenden Weichenstellungen setzen nicht nur die Zustimmung, sondern vor allem die aktive und engagierte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger voraus. Denn die für eine globale Nachhaltigkeit notwendigen politischen Veränderungen auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene sind nur dann durch- und umsetzbar, wenn das Bewusstsein der Bevölkerung für die Folgen nicht nachhaltiger Entwicklungen sowie für die Potenziale neuer Lebensstile und Lebensformen wächst und möglichst viele Menschen bereit sind, mitzumachen. Bislang wird der Nachhaltigkeitsdiskurs jedoch kaum von der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen. In dieser Situation kommt der schulischen wie außerschulischen Bildung eine Schlüsselrolle zu.

Lernen für das Leben

Globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme sowie die Gefährdungen und Chancen der Globalisierung bilden Herausforderungen, denen sich auch Entscheidungsträger der Bildungspolitik mittlerweile stellen müssen. In den aktuellen bildungspolitischen Diskussionen wird zu Recht darauf hingewiesen, dass sich die jungen Menschen in ihrer Schulzeit auf ein Leben in der Weltgesellschaft vorbereiten können müssen. Die in Deutschland viel diskutierte PISA-Studie belegt jedoch, dass die hierfür notwendigen fachübergreifenden Kompetenzen und Fähigkeiten, die von einem tiefgehenden Verständnis von Zusammenhängen zeugen, innerhalb des deutschen Bildungssystems nicht genügend gefördert werden. Darüber hinaus hat die Civic-Education-Studie der IEA dargelegt, dass bei deutschen Schülerinnen und Schülern auch das sozialpolitische Engagement und die politische Handlungsbereitschaft im internationalen Vergleich nur unterdurchschnittlich ausgeprägt sind.

Die noch zu entwickelnden Richtlinien, Lehrpläne und Unterrichtsformen müssen sich daher stärker an den gesellschaftlichen Zusammenhängen und Lebenswelten der Schülerinnen und Schüler orientieren. Das derzeit noch vorherrschende Vermitteln pa




zugunsten der Interdisziplinarität in den Hintergrund treten. Grundlagen für die Ausbildung der notwendigen Kompetenzen lassen sich – gerade was die sozialen und emotionalen Kompetenzen angehen – bereits im Vorschulalter legen. Unter dem Aspekt positiver Persönlichkeitsentwicklung sollte dieser Zeitabschnitt noch stärker als bisher in den Fokus der Bildung für nachhaltige Entwicklung rücken.

Im Sinne lebenslangen Lernens müssen Inhalte, Methoden, innovative Strukturen der Bildung für nachhaltige Entwicklung Eingang in die Aus- und Weiterbildungsangebote aller Berufszweige finden. Entwicklungs- und Umweltorganisationen blicken in diesen Feldern auf langjährige Erfahrungen zurück. Bei dem vorrangig ökonomisch motivierten Bildungsdiskurs dürfen sich Standortdebatte und Wettbewerbsfähigkeit nicht auf Kosten der Vision einer globalen Partnerschaft durchsetzen. Hierbei leisten Nichtregierungsorganisationen (NRO) bereits einen wichtigen Beitrag.

Zehn Jahre nach Rio

Eine Zwischenbilanz zur Umsetzung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland offenbarte 2001 neben vielversprechenden „innovativen Potenzialen“ im Bildungsbereich unzureichende Rahmenbedingungen und eine Vielzahl von Umsetzungsproblemen. Eine begrüßenswerte Initiative stellt das Förderprogramm „21“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) dar. Inhalte und Methoden der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bildungszentren der NRO und staatlicher Institutionen werden kontinuierlich ausgeweitet und verbessert. Diese Einrichtungen erreichen trotz finanzieller und struktureller Engpässe allein im umweltpolitischen Bereich jährlich über 7,5 Millionen Menschen. Die entwicklungspolitische Bildung bzw. das Globale Lernen haben hingegen in weiten Bereichen noch nicht den Umfang und das professionelle Niveau der Umweltbildung erreicht.

Der mit großem Interesse erwartete Bildungsbericht der Bundesregierung für eine nachhaltige Entwicklung zeigt deutlich die noch vernachlässigten Handlungsfelder. So geht der Bericht nicht auf  Spannungsverhältnis zwischen dem Leitbild der Nachhaltigkeit und dem allgegenwärtigen Streben nach internationaler Wettbewerbsfähigkeit ein. Begriffe wie globale Gerechtigkeit und internationale Solidarität und damit die bereits im Bericht der Brundtland Kommission von 1987 eingeforderte intragenerative Gerechtigkeit tauchen nur selten auf. Diese Ausrichtung des Bildungsberichtes verwundert kaum, schaut man sich die Mitte April 2002 vom Bundeskabinett verabschiedete nationale Strategie für eine nachhaltige

Entwicklung der Bundesregierung an. So spielt in der gesamten Strategie die internationale Dimension der Nachhaltigkeit eine untergeordnete Rolle. Das Thema Bildung stellt zwar eines der acht Schwerpunktthemen der Strategie dar – zum Bereich „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ beschränkt sich die Strategie jedoch im Wesentlichen darauf, wenig akzentsetzend zu fordern, dass dieser für die Nachhaltigkeit wichtige pädagogische Ansatz verstärkt in allen Bildungsbereichen integriert werden soll. Der für den Bildungsbereich ausgewählte Indikator „Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern“ (Ausbildungsabschlüsse der 25-jährigen bzw. Studienanfängerquote) sagt nichts über die Bildungsinhalte und deren Nähe zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung aus. Auch bei der Arbeit des Rates für nachhaltige Entwicklung findet die Bildungspolitik bislang keine nennenswerte Beachtung. Die vorrangigen Handlungsfelder des Rates beschränken sich auf die Bereiche „Klima und Energie“, „umweltverträgliche Mobilität“ sowie „Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit“. Dabei werden diese Themenfelder nicht in ihrer umwelt- und entwicklungspolitischen Dimension verstanden, wie es die Agenda 21 vorgibt.

Rio + 10: Zehn Forderungen zur Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland

1. Bildung am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ausrichten!

Bildung für nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Bildungsbereichen verbindlich verankert werden muss. Umweltbildung einerseits sowie entwicklungspolitische Bildung/Globales Lernen andererseits müssen sich als gleichwertige Säulen der Bildung für nachhaltige Entwicklung im deutschen Bildungsalltag ergänzen.

2. Nicht mehr, sondern eine andere Bildung!

Die gesellschaftlichen Herausforderungen im Zuge der Globalisierung machen eine Bildungswende mit tiefgreifendem Wandel der Inhalte, Methoden und Strukturen des Lernens notwendig. Die Lerninhalte müssen internationalisiert und an die Erfordernisse einer Weltgesellschaft besonders hinsichtlich Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit angepasst werden. Der vorschulische Bereich ist stärker in den Vordergrund zu rücken, da die erforderlichen Kompetenzen gerade in diesem Lebensalter bereits angelegt werden können.

Lebenslanges Lernen im Sinne nachhaltiger Entwicklung ist auf allen Ebenen zu fördern.

3. Die Zivilgesellschaft bei der Gestaltung der Bildungspolitik beteiligen!

Seit vielen Jahren erstellen umwelt- und entwicklungspolitischen NRO erfolgreich Konzepte und praktische Ansätze zu Bildung für nachhaltige Entwicklung. Diese Beiträge müssen bei bildungspolitischen Entscheidungen stärker als bisher berücksichtigt werden. NRO-Vertreterinnen und -Vertreter sollten größere Möglichkeiten eingeräumt werden, ihre Sachkompetenz bei der Gestaltung von Bildungsstrukturen, Bildungsplänen und Schulprogrammen einzubringen.

4. Verknüpfung formaler Bildung mit außerschulischen Aktivitäten erleichtern!

Ohne die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure lässt sich das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung nicht umsetzen. Auch im Bildungsbereich müssen daher neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Zivilgesellschaft entwickelt werden. Schulen, lokale Bildungseinrichtungen, Lehreraus- und -fortbildungsstätten, Aus- und Fortbildungsstätten der öffentlichen Verwaltung, wie auch Bildungsverwaltungen müssen sich für eine systematische Zusammenarbeit mit NRO, entwicklungs- wie umweltpädagogischen Beratungsstellen öffnen. Kooperationen, z.B. zwischen Schulen und Lokalen Agenda 21-Prozessen, müssen gefördert werden.

5. Finanzierung der Bildungsarbeit von NRO auf sichere Füße stellen!

Ein Großteil der Bildungsarbeit im Kontext Bildung für nachhaltige Entwicklung wird von zivilgesellschaftlichen Akteuren geleistet. Diese Arbeit der NRO, Initiativen und Netzwerke muss auf sichere Füße gestellt werden. Laut UNDP, dem UN-Entwicklungsprogramm sollen zwei Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) für die Förderung der entwicklungsbezogenen Bildungs-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden.

6. Nachhaltigkeit in der Aus- und Fortbildung aller Berufszweige verankern!

Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Fachleuten müssen Aus- und Fortbildungscurricula für alle Berufszweige im Sinne einer umfassenden Bildung für nachhaltige Entwicklung erstellt werden. Von der Ausbildung bis zur späteren Weiterbildung müssen diese Konzepte aufeinander abgestimmt und verbindlich festgeschrieben werden.

7. Bildung – ein Thema für den Rat für Nachhaltige Entwicklung!

Angesichts der Schlüsselrolle, die der Bildung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zukommt, muss das zur Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie neu gegründete Gremium, der Rat für nachhaltige Entwicklung, dieses Thema auf seine Agenda setzen.

8. Ein nationales Forum für zukunftsfähige Bildung einsetzen!

Die anstehende Neuorientierung des Bildungswesens bedarf einer breiten öffentlichen Meinungsbildung. Es muss daher auf nationaler Ebene ein unabhängiges Forum für einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über zukunftsfähige Bildung, an dem neben Bund und Länder alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure teilhaben, eingerichtet werden.

9. Bildung für alle!

Nach wie vor gilt es, das Ziel der Weltbildungskonferenz von Jomtien (1990), allen Menschen Zugang zu Bildung zu garantieren, die auf dem Weltsozialgipfel (1995) getroffene Vereinbarung, spätestens ab 2015 allen Kindern der Welt eine Grundschulbildung zu ermöglichen, sowie die im Aktionsplan des Weltkindergipfels (2002) unter „Gewährung einer guten Schulbildung“ aufgelisteten Maßnahmen umzusetzen. Hierfür muss der Anteil der bilateralen und multilateralen staatlichen Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Grundbildung substanziell erhöht werden.

10. Die Bildungszusammenarbeit mit den Ländern des Südens stärken!

Bildung für nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 ist ein internationaler Bildungsauftrag, für dessen Umsetzung internationale Kooperation erforderlich ist. Insbesondere zwischen Nord und Süd gilt es, Bildungs- und Forschungseinrichtungen verstärkt zu vernetzen, um gegenseitig das jeweilige Lern- und Innovationspotenzial zu nutzen.

Bonn, 13. August 2002